

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1 und somit ein sehr sensibel
Gut – darüber müssen wir hier sicher nicht weiter diskutieren.

Wasserknappheit ist weltweit ein großes Problem.

Jeder Mensch braucht mindestens 20l Wasser pro Tag – zum
Trinken, Kochen und Waschen. Laut Schätzungen der UN haben
ca. 1,2 Milliarden Menschen nicht einmal diese geringe Menge
Wasser zur Verfügung.

Dieser globalen Situation sind sich sowohl die saarländischen Bürgerinnen und Bürger als auch unsere heimische Wirtschaft sehr bewusst.

Betrag der Durchschnittsverbrauch einer Privatperson vor wenigen Jahren noch ca. 150l, gehen die aktuellsten Zahlen von heute ca. 118 l/Tag aus – das sind immerhin über 30l weniger.

Was heißt das?

Das heißt, dass die Saarländer – und das, sehr geehrter Herr Umweltminister – ganz freiwillig Wasser sparen.

Ohne einen erhobenen ministralen Zeigefinger und auch ganz ohne irgendwelche Sanktionen fürchten zu müssen.

Was bringt es, jemanden, der doch freiwillig auf seinen Wasserverbrauch und somit auf die Umweltbelastung achtet, dieses nun auch gesetzlich vorschreiben zu wollen?

Im Frühjahr dieses Jahres kam das Thema Wassercent erstmals auf.

Damals hat die Landesregierung allerdings keinen Hehl daraus gemacht, dass Sinn und Zweck des Cents vor allem die Sanierung der katastrophalen Haushaltssituation ist.

Inzwischen hat sich die Regierung aber offensichtlich überlegt, dass das dem mündigen Bürger und potentiellen Wähler gegenüber doch zu unverschämt ist.

Die richtige Schlussforderung wäre da gewesen,
das geplante Wasserentnahmeentgelt wieder aufzugeben und zu
sagen:

Der Bürger bemüht sich von selbst, auf seinen Wasserverbrauch
zu achten und die Wasserqualität im Saarland ist hervorragend.

Was Sie nun aber machen, ist gegenüber dem Bürger und der
saarländischen Wirtschaft mehr als fragwürdig.

Der Cent soll weiterhin kommen, aber die Begründung dafür wird auf einmal ganz ökologisch.

Es gilt nun um ein Lenkungsziel, der Bürger soll mehr Wassersparen.

Aber – und vielleicht sollte das auch langsam mal die Regierung wahrnehmen – der Bürger spart doch schon Wasser.

Was geschieht mit den Einnahmen?

Der nun neu eingefügte §8 besagt, dass mit dem durch das Entgelt eingenommene Geld erst einmal der Verwaltungsaufwand bedient werden soll.

Die Landesregierung sagt, das sind ca. 200.000 €, also 7% der zu erwartenden 3 Millionen €. Der Verband der Gas- und Wasserwirtschaft im Saarland schätzt diese Kosten auf über eine Million und befürchtet darüber hinaus einen deutlichen Anstieg der Wasserpreise.

Welche Schätzung zutrifft wird wohl nur die Zukunft zeigen.

Das restliche Geld soll nun - laut Landesregierung - insbesondere in den Schutz der Menge und der Güte des Grundwassers fließen.

Das allerdings überzeugt weder inhaltlich noch formal.

Schließlich sind – und da wiederhole ich mich gerne – die Menge und die Güte des Grundwassers im Saarland nahezu einmalig in Deutschland.

Denn

1. nach der vom LUA geführten Wasserstatistik ist der Wasserverbrauch seit den 70er Jahren im Saarland rückläufig und längst unter dem Bundesdurchschnitt

2. die Grundwasserförderung hier im Lande ist ökologisch verträglich (über 96% aus Tiefbohrung, der Rest aus Quellen)

3. Die Aufbereitung im Saarland verursacht –im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern - nur wenige Kosten, da in der Regel nur die Kohlensäure im Grundwasser entfernt werden muss (Bsp. Uferfiltrat)

Es besteht also derzeit und wie es aussieht auch zukünftig keine Gefahr, dass sich die Grundwassermenge oder die Grundwassergüte nachteilig verändern sollte.

ERGO, greifen die ökologischen Begründungen der Landesregierung hier nicht, sie gehen komplett an der saarländischen Situation vorbei.

Formal sagt der § 8 was mit dem Geld geschehen SOLL – es liegt also keine absolut gültige Zweckbindung vor. Mit einer ausreichenden Begründung kann das Geld also auch für andere Dinge genutzt werden. Ist die Haushaltsnotlage als Begründung ausreichend genug?

Ein Schelm wer böses dabei denkt!

Die Landesregierung lässt sich hier ein verstecktes Hintertürchen offen, um das Wasserentnahmeentgelt doch noch – wie

ursprünglich von ihr gewollt – für die Haushaltssanierung zu verwenden.

Mit einer solchen Politik wird ein deutliches Signal gegen den Wirtschaftsstandort Saarland gesetzt. Es scheint, Sie wollen keine weiteren Betriebe ins Saarland holen, sondern die vorhandenen vertreiben.

Hinzu kommt folgendes:

Den Bürger für positives Verhalten bestrafen und zugleich die wahren Gründe für die Entgelterhebung vertuschen zu wollen, fördert beim Bürger genau zwei Dinge:

Noch mehr Politikverdrossenheit und vor allem eine Umweltschutzverdrossenheit.

Wenn das Ihr Ziel ist, Herr Minister Mörسدorf, darf ich Ihnen gratulieren.

Sie sind auf dem besten Wege es zu erreichen.